

Sozialdemokrat

Zentralorgan der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Redaktion und Verwaltung: Prag II., Havlíčkovo nám. 52, Einzelpreis 70 Heller. Bezugsbedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich 16.— Kč, Telefon 6796, nachts 6797. Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Prag, vierteljährlich 48.— Kč, halbjährlich 96.— Kč, ganzjährig 192.— Kč. Für Deutschböhmen monatlich 120.— öK, für Deutschland 16.— Mk. Postsparsassalonto 57544. Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Arbeiter, Arbeiterinnen! Parteigenossen und Genossinnen!

In schicksalsschwerer Stunde wenden wir uns an Euch! Die lange im Dunkeln schlummende Gefahr eines Krieges hat über Nacht drohende Bedeutung gewonnen. Die Regierung hat die Teilmobilisierung angeordnet und damit ist der erste Schritt getan, der schon binnen kurzem zu kriegerischen Handlungen führen kann. Geschlecht das Furchtbare, dann stehen wir vor Ereignissen, deren Verlauf und Folgen noch unabschätzbar sind. Der Gedanke, daß wir wieder in die Schreden eines Krieges hineingestürzt werden sollen, erfüllt uns mit Schauern, denn erst drei Jahre sind seit der Beendigung des Weltkrieges verfloßen und die Gruel des Krieges, das ihn begleitende Leid der Menschen, stehen in aller Erinnerung und noch bluten die Wunden, die er geschlagen.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Da unsere Brüder unter die Waffen gerufen werden und einem ungewissen Schicksal entgegengehen, rufen wir Euch in Erinnerung, daß wir vom ersten Tag ihres Bestandes an aufgezeigt haben, daß die Friedensschlüsse, die von den siegreichen Mächten der Entente den besiegten Staaten und Völkern diktiert wurden, den Keim zu neuen Kriegen in sich tragen. Sie sind Friedensbitteln, die den Zweck verfolgen, das Proletariat Mitteleuropas für die herrschenden Klassen der Entente frohnden zu lassen, wieder Unruhe in die Welt brachten, neue Konfliktstoffe schaffen. Die Entente, die unter der Maske, der Demokratie zu dienen, ihre Völker in den Kampf und zum Siege geführt hatte, zeigt weder den Willen, noch die Kraft, für die Demokratie in Mitteleuropa einzutreten. Und so sahen wir seit vielen Monaten mit wachsender Besorgnis, wie die bewaffnete Reaktion immer dreister ihr Haupt erhebt, enger ihre Kreise zieht, ringsum in Deutschland, Bayern, Ungarn und Oesterreich eine die Errungenschaften der Revolution bedrohende Macht gewinnt.

An der Spitze der Reaktion stehen die entthronten Herrscherhäuser, die Hohenzollern, die Wittelsbacher und allen voran die Habsburger. Dieses Geschlecht, das alle erdenkliche Schmach auf sich geladen hat, schlenbert in der Person seines würdigen Sproßes, des ehemaligen Kaisers Karl die Brandsadel neuen Krieges in die Welt.

Das Abenteuer des Habsburgers bedroht vor allem unsere Brüder in Deutschösterreich, sie, die heute in ihrer Einigkeit und in ihrem tapferen revolutionären Kampfe der stolze Teil des internationalen Proletariates sind, mit denen wir viele Jahrzehnte hindurch in treuer Waffenbrüderschaft unsere Kämpfe führten und mit denen uns auch heute noch tausend Fäden brüderlicher Freundschaft verknüpfen. Ihr Schicksal ist zu nicht geringem Teile auch unser Schicksal. Würde der österreichischen Arbeiterchaft das blutige Habsburgerjoch auserlegt werden, bliebe die monarchistische Reaktion siegreich, die ihre blutbesleckten, gierigen Hände nach Wien ausstreckt und würde der weiße Terror der karlistischen Banden das Wiener und österreichische Proletariat niedermeheln, jede Lebensregung der Arbeiterbewegung im Blute erstickten, so wäre dies auch eine Bedrohung unserer selbst. Aber auch die Proletarier Deutschlands stehen vor großen Gefahren und führen schwere Kämpfe gegen die deutschnationale Reaktion, die monarchistischen Sakentkruzer, die Schwerindustriellen und Großgrundbesitzer.

Die Erhebung der Monarchisten in Ungarn ist ein Teil der kontrerevolutionären Bewegung, die wir ringsum am Werke sehen. Werden die Karlisten in Ungarn siegreich, so wird in kürzester Zeit die Reaktion einen weiteren Vorstoß zur blutigen Eroberung Oesterreichs, Bayerns und Deutschlands unternehmen. In dieser Not und Gefahr, die auch unsere Gefahr ist, können und dürfen wir unsere Brüder, das kämpfende Proletariat Oesterreichs und Deutschlands nicht verlassen!

Wir haben im Parlamente von der Regierung verlangt, daß das Neueste, der Krieg, vermieden wird, daß sie alle friedliche Mittel bis zum äußersten ausschöpfe, um das karlistische Abenteuer ohne Blutvergießen zu beenden. Diese Forderung erheben wir hiemit laut und feierlich vor aller Welt aufs neue. Nach der Verfassung kann über Krieg oder Frieden nur die Nationalversammlung entscheiden, deren sofortige Einberufung wir verlangt und erreicht haben.

Die parlamentarische Vertretung der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterchaft wird weiter eifrig bemüht bleiben, auf die Regierung einzuwirken, daß eine Vertreibung der Habsburger aus Ungarn und wo möglichst ein entscheidender Schlag gegen die mitteleuropäische Reaktion ohne Krieg geführt werde. Wir tragen keine Verantwortung für die bisherige Politik der Regierung und für ihre letzten Maßnahmen, wir sind Gegner des in diesem Saate bestehenden politischen Regierungssystems und protestieren gegen die Absicht um reaktionäre Methoden gegen die Bevölkerung in Anwendung zu bringen.

Im Kampfe gegen Habsburg, die Reaktion den drohenden weißen Terror aber werden die deutschen Arbeiter dieses Staates in internationaler brüderlicher Solidarität ihre revolutionäre Pflicht erfüllen.

Der Parteivorstand der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei.

Die Klubs der Abgeordneten und Senatoren der deutschen sozialdem. Arbeiterpartei.

Teilweise Mobilisierung. Die 1895er und die Jüngerer.

Prag, 24. Oktober. (Tsch. P. B.) Der Präsident der Republik hat über Vorschlag des Ministers für nationale Verteidigung und nach Anhörung der Regierung eine teilweise Mobilisierung angeordnet.

Das Patent des Präsidenten lautet:

„Herr Minister für nationale Verteidigung!

Neben Ihren Vorschlag ordne ich nach Anhörung der Regierung gemäß dem § 23 des Wehrgesetzes vom 19. März 1920 S. d. G. u. B. Nr. 193 die Mobilisation an.

1. Der im Jahre 1895 geborenen und der jüngeren Militärgagisten und der Mannschaft in der Reserve der Infanterie, Artillerie, Kavallerie und der Fliegertruppen.

2. Der im Jahre 1890 geborenen und der jüngeren Militärgagisten und der Mannschaft in der Reserve der übrigen Waffengattungen und aller Dienste einschließlich der Aerzte, Tierärzte, der Offiziere des Zeugwesens, des Verwaltungs- und Proviantdienstes, wo immer sie eingereicht sind, also auch bei der Infanterie, der Kavallerie und bei den Fliegertruppen.

3. Von den Angehörigen des Telegraphenregiments, des Eisenbahregiments und der Automobilsformationen, außer den oben ab 2 erwähnten auch die Mobilisierung der Militärgagisten und der Mannschaft in der Reserve, der in den Jahren 1889 bis einschließlich 1891 Geborenen, insoweit sie die Bestimmungskarten (arceovac listek) erhalten haben.

Ich ordne an, daß Sie diese teilweise Mobilisierung sofort verkünden und durchführen.

Prag, am 23. Oktober 1921.

T. G. Masaryk m. p.

Fr. Udrzal m. p.

Dr. Eduard Beneš m. p.

Infolgedessen hat der Minister für nationale Verteidigung die sofortige Vornahme der mit der Verkündung dieses Patent verbundenen Arbeiten angeordnet und den 27. Oktober 1921, 0.01 Uhr, als ersten Mobilisierungstag bestimmt. Näheres auf den Kundmachungen.

Gemeinsame Erklärung

der sozialdemokratischen Parteivorstände Deutschlands
der Tschechoslowakei und Oesterreichs.

Angeichts der wachsenden Bedrohung der republikanischen Verfassung durch die monarchistische Konterrevolution haben die Parteivorstände der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der Unabhängigen Sozialistischen Partei Deutschlands, der Tschechoslowakischen Sozialdemokratie, der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei aus der tschechoslowakischen Republik und der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs sich auf folgende Erklärung geeinigt:

Das gemeinsame Interesse des gesamten Proletariats des Deutschen Reiches, der Tschechoslowakei und Oesterreichs gebietet die Aufrechterhaltung und Sicherung der republikanischen Staatsform in diesen Ländern mit allen parlamentarischen und außerparlamentarischen Mitteln. Die Parteileitungen erwarten einerseits von den öffentlichen Vertretungen der Arbeiterklasse den Einsatz ihrer ganzen parlamentarischen Macht dafür, daß alle monarchistischen Zettelungen und die Regierungen für jede Unterlassung oder Duldung gegenüber Angriffen, die den Bürgerkrieg zur Folge haben müssen, verantwortlich gemacht werden.

Sie erwarten andererseits, daß die arbeitenden Klassen selbst die gesamte Kraft ihrer politischen und wirtschaftlichen Organisation bereithalten, um sich gegen die Wiederkehr der mit dem Ausbruch des Krieges belasteten Thronisten und gegen die Wieder-

beraufriechung des Militarismus und des Systems politischer und sozialer Unterdrückung zur Wehr zu setzen.

Die unterzeichneten Parteileitungen werden zu einverständlicher Abwehr miteinander in ständiger Fühlung bleiben. Sie richten zugleich an alle sozialistischen und Arbeiterparteien der Welt den Appell, das Proletariat der zunächst bedrohten Länder in seinem Verteidigungskampfe zu unterstützen und erinnern insbesondere die Parteien Englands, Frankreichs, Belgiens und Italiens an ihre erhöhte Verantwortlichkeit, da offensichtlich diese Restaurationsversuche von der offiziellen oder inoffiziellen Politik ihrer herrschenden Klassen getragen sind.

Für den Parteivorstand der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik:

Dr. Czech, Cermak;

für die tschechoslowakische Sozialdemokratie:

A. Kemeč, Jaroslav Kriz;

für die sozialdemokratische Partei Deutschlands:

Karl Seif, Ferdinand Starz;

für das Zentralkomitee der unabhängigen sozialistischen Partei Deutschlands:

H. Erspien;

für die sozialdemokratische Partei Deutschlands:

Fermann Müller, Otto Wela.

2. Magnatien rüstet vollständig ab und vernichtet alle Munitionsanstalten.

3. Herausgabe des Burgenlandes.

4. Die Kleine Entente fordert die Durchführung der Friedensverträge.

Zur Erfüllung dieser Forderungen wird Magnatien eine sehr kleine Frist gegeben.

Die betrogenen Volksgenossen.

Bern, 23. Oktober. (Tsch. P.) Die Schweizer Dep. Ag. meldet: Der Bundesrat hat sich noch nicht mit der Beschlussfassung über die durch die Abreise des Kaisers Karl geschaffene Lage befasst.

Kaschau, 24. Oktober. (Tsch. P. B.) Gestern wurde bei Sato-Kalja-Ujehely seitens der Magnaten neunmal gegen unsere Grenzgendarmenpatrouille geschossen.

Bemühungen um eine erweiterte Koalition. Berlin, 24. Oktober. (Wolff.) Die Verhandlungen des Reichspräsidenten mit den bisherigen Koalitionsparteien und mit der deutschen Volkspartei über die Bildung der neuen Regierung nahmen heute ihren Fortgang.

Die kleine Entente soll handeln. Paris, 24. Oktober. (Savas.) „Journal de Debats“ ist der Ansicht, daß der Versuch Karls, der seine Verbindlichkeiten der Schweiz gegenüber so fern verschoben habe, zum gleichen Misserfolg verurteilt sei.

Der „Temps“ erinnert an das Einschreiten der Entente bei Bannin und bei Dornith und konstatiert, daß vonseiten der Hauptmächte und insbesondere Frankreichs nichts unterlassen wurde, damit diesem Unternehmen ebensolches ein Ende gemacht werde.

Die Wiener Legitimisten rüsten. Wien, 22. Oktober. (Tsch. P.) Die Sozialdemokraten und die Großdeutschen haben ein gemeinsames Aktionskomitee eingesetzt, um die notwendigen tatsächlichen und politischen Beschlüsse zu fassen.

Partei hört man bisher nur, daß sie sich auf den Standpunkt stellt, daß die Rückkehr des gewesenen Kaisers nach Ungarn eine innere Angelegenheit dieses Staates ist, in die sie sich vorläufig nicht einzumischen hat.

Die Arbeiterwehren schützen Zunsbrud. Zunsbrud, 24. Oktober. Samstag abend wurden alle öffentlichen Gebäude der Stadt von Arbeitern besetzt, denen Maschinengewehre zur Verfügung stehen.

Der englische Gesandte droht mit Krieg.

Budapest, 24. Oktober. (Tsch. P. B.) Das ungarische Telegraphen-Korrespondenzbüro veröffentlicht eine amtliche Darstellung der jüngsten Ereignisse, worin es heißt: Die Regierung ist auf dem Gebiete der Anwendung friedlicher Mittel bis an die äußerste Grenze gegangen und hat sich erst dann zum Waffengebrauch gegen die durch fremde Abenteuerer irreführend ungarischen Brüder entschlossen, als deren in angreifender Absicht erfolgter Vormarsch in unmittelbarer Nähe der Hauptstadt eine andere Lösung nicht mehr ermöglichte.

Rumäniens Standpunkt. Bukarest, 23. Oktober. (Tsch. P.) Der „Univerfal“ ist ermächtigt zu erklären, daß Rumänien in der Frage des Burgenlandes folgenden Standpunkt einnimmt: Der österröisch-ungarische Konflikt betrifft nicht direkt Rumänien.

Die kleine Entente mobilisiert. Der südslawische Mobilisierungsschlus. Belgrad, 23. Oktober. (Tsch. P.) Der Ministerrat beschloß den Abbruch des Eisenbahnverkehrs zwischen Ungarn und Jugoslawien.

Außerordentlicher Ministerrat. Ueber die sonntägige Sitzung des Ministerrates wurde folgendes Kommuniqué ausgegeben: Sonntag, den 23. Oktober, 9 Uhr, fand ein außerordentlicher Ministerrat statt.

Die kleine Entente mobilisiert. Wien, 22. Oktober. (Tsch. P.) Die Sozialdemokraten und die Großdeutschen haben ein gemeinsames Aktionskomitee eingesetzt, um die notwendigen tatsächlichen und politischen Beschlüsse zu fassen.

Der südslawische Mobilisierungsschlus. Belgrad, 23. Oktober. (Tsch. P.) Der Ministerrat beschloß den Abbruch des Eisenbahnverkehrs zwischen Ungarn und Jugoslawien.

Kriegsminister, daß das Militär aktionsbereit sei. Die Vertreter der Kleinen Entente, der Tschechoslowakische Charge d'affaires Cernh und der rumänische Minister Cembdi erschienen gestern und heute im Ministerpräsidium um ein gemeinsames Vorgehen der Kleinen Entente zu besprechen.

Auch Polen gegen Karl.

Das Ministerium für auswärtige Angelegenheiten erhielt aus Budapest die telegrafische Meldung, daß der polnische Gesandte in Budapest im Auftrage seines Ministeriums die ungarische Regierung sehr energisch darauf aufmerksam gemacht habe, daß sich die polnische Regierung zu dem unüberlegten Schritte Karls durchwegs ablehnend verhalte.

Gerücht von einer Ermordung Karls. Wien, 24. Oktober. Nach einer Meldung des amerikanischen Pressebüros soll auf Karl ein Anschlag verübt worden sein.

Urteile der englischen Presse.

Die ungarische und die deutsche Reaktion. London, 24. Oktober. (Tsch. P. B.) „Daily News“ schreibt: Der Rücktritt des Kabinetts Birih und der Versuch des vormaligen Kaisers Karl, den Thron Ungarns wieder zu erlangen, ist nicht ohne Zusammenhang.

Verpflichtung zu Kriegsdienstleistungen.

Prag, 24. Oktober. Morgen wird in der Sammlung der Gesetze und Verordnungen nachstehende Verordnung veröffentlicht: Verordnung der Regierung der tschl. Republik vom 24. Oktober 1921.

Die Verpflichtung zu Kriegsdienstleistungen nach dem Gesetze vom 26. Dezember 1912, G. G. Nr. 236 und des Ges. Art. LXVIII aus dem Jahre 1912 beginnt mit dem Tage der Wirksamkeit dieser Verordnung.

Diese Verordnung tritt am Tage der Aundmachung in Wirksamkeit.

Außerordentlicher Ministerrat.

Ueber die sonntägige Sitzung des Ministerrates wurde folgendes Kommuniqué ausgegeben: Sonntag, den 23. Oktober, 9 Uhr, fand ein außerordentlicher Ministerrat statt.

Ueber die sonntägige Sitzung des Ministerrates wurde folgendes Kommuniqué ausgegeben: Sonntag, den 23. Oktober, 9 Uhr, fand ein außerordentlicher Ministerrat statt.

sen werden. Die betreffenden Ministerien haben bereits ihre ersten Vorkehrungen getroffen.

Die Regierung der tschechoslowakischen Republik kann gemeinsam mit den Regierungen der Kleinen Entente nicht länger dulden, daß sich ähnliche Ereignisse neuerdings wiederholen.

Die Regierung betont, daß alle notwendigen Maßnahmen getroffen worden sind und daß unsere Öffentlichkeit mit Ruhe und ohne jedwede Befürchtungen die Entwicklung der künftigen Ereignisse abwarten kann.

Sitzungen der Ausschüsse für Auswärtiges.

Die Rede Beneš. Der auswärtige Ausschuss des Abgeordnetenhauses trat heute Montag vormittags unter dem Vorsitz des Ag. Remeč zusammen.

Der auswärtige Ausschuss des Abgeordnetenhauses trat heute Montag vormittags unter dem Vorsitz des Ag. Remeč zusammen. Ministerpräsident Beneš hat eine Erklärung über die Vorgänge in Ungarn, die er als sehr ernst bezeichnet, abgegeben.

Abg. Kreibich. (Kom.) Die Kommunisten für die Kreibich sprach, setzen in der ungarischen

in Rückkehr Karl Sabsburgs sie zum Kriege reizt. Er ist gegen die Einmischung in die inneren Angelegenheiten Ungarns und hält die Rückkehr Karls für eine solche innere Angelegenheit.

Sen. Raaga verliest eine Erklärung der Deutschösterreichischen Abordnung, worin gegen die Mobilisierung Ungarns erhoben wird und fügt hinzu, daß diese Erklärung nicht besagen soll, daß seine Partei den Butsch Karls gutfinde.

Sen. Niehner wendet sich gegen Dr. Ledebour und erklärt, daß seine Partei wohl bis zum letzten Augenblick dafür sei, daß der Friede bewahrt werde, aber sie stehe nicht wie Dr. Ledebour den Kopf in den Sand.

Nachdem Dr. Venesch noch auf einzelne Ausführungen der Redner geantwortet hatte, wurde mit allen gegen drei Stimmen die Eröffnung des Ministerpräsidenten Dr. Venesch zur Kenntnis genommen.

Zeitungsstimmen.

„Narodni Listy“ schreiben: „Die Möglichkeit eines neuerlichen kriegerischen Konfliktes in Mitteleuropa, welches durch dieses Abenteuer Karls entstand, ist sicherlich eine sehr unerfreuliche Aussicht für die Bewohner aller umgebenden Staaten, welche sich kaum erholt haben aus den Schrecken des Weltkrieges und deren wirtschaftliches Leben auf lange Zeit zerrütet ist.“

Der „Cas“ schreibt u. a.: „Dieses neue Abenteuer Karls muß so gründlich liquidiert werden, daß eine Wiederholung ähnlicher Versuche für immer und ewig unmöglich gemacht wird.“

Das Abendblatt des „Cesta Slovo“ schreibt unter anderem: „Wir sind genug stark, mit unserer eigenen Kraft und der unserer Verbündeten Karl Sabsburg aus unserer Nachbarschaft zu verschwinden zu machen.“

Ein Aufruf an die Landwirte.

Prag, 24. Okt. Der Landwirtschaftsminister hat heute folgende Proklamation erlassen:

Landwirte!

Unsere junge Republik durchlebt eine neue Prüfung ihrer Tüchtigkeit. Die Regierung hat das gesetzliche Recht, zu verlangen die Erfüllung der Pflichten zu verlangen.

Ich habe mich für Euch verbürgt, daß Ihr auf Verlangen unserer Wehrmacht alles zur Disposition stellen werdet, um Eure Liebe und Ergebenheit an unsere Republik zu zeigen.

Ich bin fest überzeugt, daß Ihr nicht entgegen und Anordnungen unserer staatlichen Behörden voll entsprechen

werdet, mögen sie Euch oft auch hart erscheinen. Mit Gruß Eure F. Stanel, Minister für Landwirtschaft und amtierender Vizepräsident der republikanischen Partei.

Inland.

Zusammentritt des Parlaments am 26. Oktober.

Das Plenum des Abgeordnetenhauses tritt am Mittwoch, den 26. Oktober um 11 Uhr vormittags zusammen.

Die „inneren Angelegenheiten“ der Herren Ledebour und Feilerfeld. Die Herren Feilerfeld und Ledebour, aber auch der Herr Professor Kassa, haben das blutige Abenteuer Karls eine „innere Angelegenheit“ Ungarns genannt und möchten jede unsanfte Verührung seiner Majestät verhindern wissen.

Behrungsmaß. An der montägigen Sitzung des Behrungsmaßes gaben die Vertreter der politischen Parteien kurze Erklärungen zur Lage ab.

Ein Urteil. Am „Cesta Slovo“ nimmt Senator Alojatsch unter dem Titel: „Sprechen wir nicht, handeln wir“ Stellung zu den gegenwärtigen Ereignissen und sagt darin auch folgendes über die große Entente:

Suspendierung der achtstündigen Arbeitszeit auf Eisenbahnen. Wie wir dem „Pravdy Vernein“ entnehmen, stellte der Eisenbahnminister Sgramel an den Minister für soziale Fürsorge das Ansuchen, daß auf den Eisenbahnen für die Zeit der Gefahr das Gesetz über die achtstündige Arbeitszeit suspendiert werde, welchem Ansuchen entsprochen wurde.

Telephon- und Telegrammverkehr eingestellt. Seit gestern ist der interkommunikations telephonische Privatverkehr auch in tschechoslowakischen Inland bis auf weiteres eingestellt.

Der neue Strafgesetzentwurf

II.

Nachdem im letzten Artikel im allgemeinen von den neuen Strafgesetzentwürfen die Rede war, soll heute von jenen Bestimmungen des allgemeinen Teiles gesprochen werden, die für den Richter das meiste Interesse haben.

Es ist ein idealer, vorläufig noch nicht zu erreichender Zustand, ohne Strafrecht überhaupt auszukommen, aber man kann theoretisch mit der Auffassung des vollen vollkommen übereinstimmen, welcher sagt: „Die Zukunft des Strafrechts liegt nach meiner Auffassung in seiner Abschaffung, in der Entfernung eines jeden Rechtes zur Strafe.“

Für uns ist es klar, daß mit der Einführung einer gerechten sozialen Ordnung die Kriminalität wenn schon nicht ganz verschwindet, so doch sehr stark vermindert sein wird.

Wir haben oben die Forderungen des vollen als Ideale bezeichnet und müssen hinzufügen, daß unter den heutigen Verhältnissen an eine Abschaffung des Strafrechts wirklich noch nicht gedacht werden kann.

Der Entwurf schafft die Todesstrafe ab, aber doch nicht vollständig, indem er einen Fall vorsieht, in welchem die Todesstrafe zu verhängen ist, nämlich dann, wenn ein zu lebenslänglichem Kerker verurteilter eine Tat begeht, welche vom Gesetz mit lebenslänglicher Strafe bedroht ist.

Im Urteils unterscheidet der Entwurf Hauptstrafen und Nebenstrafen. Hauptstrafen sind Freiheitsstrafen und Geldstrafen. Als Freiheitsstrafe nennt der Entwurf bei Verbrechen Kerker, bei Vergehen Gefängnis.

*) Siehe „Sozialdemokrat“ vom 12. November 1921.

ihm alle Delikte, welche nicht aus einem niedrigen Beweggründe verübt wurden, Vergehen sind, es für nötig befunden, den höchsten Strafsatz bei Gefängnis mit 15 Jahren festzusetzen.

Ein weites Anwendungsgebiet hat im Entwurf die Geldstrafe. Die Bestimmungen über die Geldstrafe bezwecken diese Strafe als eine wirklich empfindliche Strafe wirken zu lassen.

Nebenstrafen sind die Geldstrafen, welche auch neben der Freiheitsstrafe verhängt werden können, die Beschlagnahme, Zwangsarbeit, die Verschärfung der Freiheitsstrafe durch harte und harte Lager, der Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte.

Der Entwurf hat im weitgehendsten Maße die von dem berühmten Wiener Strafrechtslehrer Stok, dem Schöpfer des neuen Schweizer Strafgesetzes, als sichernde Maßnahmen bezeichneten Maßnahmen aufgenommen, die keine Strafen sind, aber zur Sicherung gegen Verübung von Verbrechen dienen sollen.

Das im Entwurf vorgesehene Gasthausverbot ist eine höchst problematische Maßnahme, denn es ist äußerst fraglich, ob eine Kontrolle der Einhaltung dieser Verfügung möglich ist und es schadet nur der Autorität dieses Gesetzes, wenn Bestimmungen erlassen werden, deren Durchführung in der Mehrzahl der Fälle (z. B. in großen Städten, oder wenn sich die betreffenden Personen auf Reisen befinden) von vornherein nicht möglich erscheint.

Bei Personen, welche noch nicht 30 Jahre alt sind, kann nach dem Entwurf bei Verurteilungen zu mindestens einjähriger und höchstens achtjähriger Kerkerstrafe das Gericht sich auf den Ausspruch der Strafe in dem Urteil begnügen und die Verweisung des Verurteilten in eine Verbesserungsanstalt verfügen, wo sich dann die Dauer der Anhaltung nach dem Verhalten des Verurteilten richtet soll.

Ähnliche Bestimmungen, die sicherlich als human zu begrüßen sind, sehen aber voraus, daß die verschiedenen Anstalten, welche das Gesetz voraussetzt und die vor allem zur Besserung des Täters dienen sollen, auch wirklich errichtet und so eingerichtet und geleitet werden, daß sie den Zweck, den das Gesetz im Auge hat, auch wirklich erfüllen.

Auf die übrigen Bestimmungen über die Strafszumessung, welche übrigens gegenüber den bisherigen Rechtszuständen keine radikale Änderung bedeuten, einzugehen, verbietet der Raumangel.

Der Entwurf will auch die Frage der bedingten Verurteilung und der bedingten Entlassung, welche bisher durch ein besonderes Gesetz, nämlich das Gesetz vom 17. Oktober 1919, Stg. Nr. 582, geregelt war, in das Strafgesetz selbst aufnehmen und dabei die bisherigen Bestimmungen abändern. Der Entwurf geht mit Recht da-

Martyrium eines Waisenkindes. Samstag wurde der Altstädter Wenzel Spatschek aus...

Ein Falschmünzer. In den letzten Tagen brachten Detektive in Erfahrung, daß sich der zwanzigjährige Instrumentenmacher Ladislav Surda...

Ein sonderbarer Schwärmer. Auf der unteren Neustadt verhaftete die Polizei den Postpraktikanten Gottlieb Zmely aus Weinberge...

Waffenversammlung auf dem Altstädter Ring.

Sonntag vormittags fand auf dem Altstädter Ring ein von der tschechoslowakischen sozialdemokratischen Partei gemeinsamt mit den Legionären veranstaltetes Volksmeeting...

Abg. B e c h n e r: „Habsburg — das ist der Krieg.“ Redner weist auf den Jnnismus Karl Habsburgs hin, welcher den, nach dem Weltkrieg...

halb hielt sie sich so, daß keinerlei Gerüde ihr zu nahe konnte, und verkörperte mit keinem, für so hochmütig man sie auch besähe...

An die Ehe dachte sie nicht. Denn sie fühlte sich ganz wohl und geborgen, wo sie war. Sie hatte keine Liebe zu Kindern und keinen Sinn für Zerstreuung...

So kamen die Freier und gingen. Die Nachbarinnen, die vordem der Vermittlung so beflissen waren, ließen in ihrem Eifer nach, welche Bekanntschaft man ihr nahelegte...

Es war zu Beginn des November gewesen. Die Sonne schien hell. Sie überglitzerte und taute das dünne, klirrende Eis, das der vorzeitige Merckeligenfrost über Nacht auf Tümpeln und Lachen gebildet hatte...

Vor dem Flecken erhob sich ein Hügel, anscheinlich genug für das flache Land. Er soll dem Volksglauben nach die Marke der Jüge des wilden Buzla bedeuten. Bis hierher trug er die Blut des Scheiterhaufens von Konstanz...

über die Leiche der sozialdemokratischen Bewegung schreiben. Die Rückkehr Karl Habsburgs nach Ungarn ist eine Kriegserklärung an die Demokratie...

Legionärabg. D a v i d führt an, daß die Ereignisse in Magyarien kein bloßes Privatunternehmen Karl Habsburgs sind, sondern daß hinter ihnen die Reaktion von ganz Europa steht...

Legionärabg. Dr. P a t e j a l erklärt: Unser Lösungswort ist die Vernichtung der Habsburger und die Vernichtung des weißen Terrors in Magyarien. Redner betont die Notwendigkeit von Garantien für die Einführung der Demokratie in Magyarien...

Beneš und die Teilung Oberschlesiens.

Berlin, 22. Oktober. Dem „Berliner Tageblatt“ zufolge erzählt Philipp Wille in „Petit Parisien“ Einzelheiten, die auf Beneš' Anteil an der Gescher Entscheidung einiges Licht werfen...

heißt die Höhe bis diesen Tag „Acht“ um Ziska!“ Der Bursche der einen Tag nach Merseben da oben stand, erwog gleichfalls, ob Umkehr nicht vielleicht das Vernünftige wäre...

Die Bäume waren entlaubt, und so stellte sich mehr als sonst vom Dorfe dar. Man sah das weiße Schloß, den Kirchturm und jenes Gebüsch, das den Lauf des March umsäumt und andeutet. Der Strom selber schmeigte sich zu innig in den winterlich braunen, reichen Talgrund...

Der Wanderer sah aus, stark und häßlich wie ein Gnom. Viel zu kurz geraten für die Breite seiner Schultern. Ein mächtiger Schädel, mit dem man Mauern einrennen konnte, Augen trüb und verquollen wie die eines Trinkers...

Eigentlich hatte er da nichts zu suchen. Er war so viele Jahre fort gewesen, erst bei den Kaiserlichen, wo er nicht gut geian hatte, und den besten Teil seiner Dienstzeit ewiger Kauferien halber in Arrest verbracht, dann auf Wanderschaft, halt nach dem Stückerl Brot, und so niemand hatte ihn da unten vernimmt...

(Fortsetzung folgt.)

Vorsour den Mitgliedern der Presse gab, wird als ein Beweis dafür, daß die Teilung des Industriegebietes möglich sei, „obwohl bei dem Gedanken daran jeder Engländer Grauen empfindet“, gerade die Teilung Tschechiens angeführt. Hieraus ist zu erkennen, daß auf Herrn Vorsour die Argumente des Herrn Beneš einen starken Einfluß ausgeübt haben...

Das Ende einer Tragikomödie.

London, 24. Oktober (Kunstspruch.) Die Vorkonferenz wird in ihrer heutigen Sitzung über die Abberufung der internationalen Generalkommission aus Dedenburg beraten.

Ausflüsse.

Morgen Dienstag halb 11 Uhr vorm. Wehr, 11 Uhr vorm. Gesundheits-, 2 Uhr nachmittags Rudoauschuh, Donnerstag, 27. Oktober Präsidium des Abgeordnetenhauses um 10 Uhr vorm. Freitag, 28. Oktober, Präsidium beider Häuser um 1/2 12 Uhr vorm.

Genossen! Werbet für Euer Zentralorgan!

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Pauschalierung der Umsatz- und Luxussteuer bei Zuderwaren. Das Finanzministerium ordnet im Einvernehmen mit dem Handelsministerium und den Vertretern der Zuderwarenerzeuger in Gemäßheit des § 19, Abs. 7 des Gef. vom 12. August 1921, § 321, Abs. 1 des Gef. an: An Stelle der Umsatz- und Luxussteuer, welche bei Lieferungen von Zuderwaren nach dem Gef. vom 12. August 1921, § 321 Z. 1, G. u. V., die Erzeuger und Händler, welche zur Ausübung ihres Gewerbes behördlich bezeugt sind, zu zahlen haben...

Reichskonferenz der Union der Geschäftkreise in Prag (Anie eskupiči). Die am 23. Oktober l. J. abgehaltene Konferenz beschäftigte sich mit dem akuten Handelsagentenengpass. Der Referent hob die Mängel hervor, die dem Regierungsentwurf anhaften und die Konferenz nahm in einer Resolution gegen diese Mängel Stellung. Ein zweites Referat nebst Resolution galt der Umsatzsteuer, welche den Handelsagenten vorgeschrieben wird. Die Debatte wurde von dem Referenten im Standpunkt, daß der Handelsagenten Angehöriger sei und nicht selbständiger Kaufmann, als was er nach dem Regierungsentwurf betrachtet wird...

Der Wert der Krone. Es ksthen: 100 holländ. Gulden 368, 100 Kronen 60, 100 schweiz. Franken 185, 100 Lire 381, 100 franz. Franken 713 1/2, 1 Pfund Sterling 396, 1 Dollar 101 1/2, 100 belg. Franken 711 1/2, 100 Peso 192 1/2, 100 Dinar 137 1/2, 100 Lei 72, 100 österr. Kronen 3.67 1/2, 100 poln. Mark 2.77 1/2, 100 ung. Kronen 12.40 tsch. Kronen.

Ein unentbehrliches Handbuch.

das in keiner Arbeiterfamilie fehlen darf, ist das

„Freiheit“-Jahrbuch 1922 für das arbeitende Volk.

das in den nächsten Wochen im Auszuge des Parteivorstandes der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik erscheint. Gerade das Beste ist für die Arbeiter gut genug! Kein minderwertiges Gedicht, keine leichte Erzählung fand deshalb Aufnahme in dieses proletarische Handbuch. Der Leser findet darin nur die besten Namen des deutschen und ausländischen Schrifttums. — In allzuvielen Arbeiterfamilien findet man leider noch immer die süßlichen „Familientafelchen“ mit ihren verlogenen, faden „moralischen“ Geschichten. Arbeiter, die stolz darauf sind, ihre proletarischen Pflichten zu erfüllen, die keine bürgerliche Zeitung in ihrem Hause dulden würden, kaufen gedankenlos irgend einen dieser von geschäftstüchtigen Unternehmern auf den Markt geworfenen Kalender oder kummern sich nicht darum, was für Bücher solcher Art ihre Frauen nach Hause bringen. Das muß anders werden! In seinen Feiertagen, wenn er im Kalender blättert, soll der Arbeiter nur schöne, wertvolle Erzählungen, gehaltvolle Dichtungen, gediegene Aufsätze finden. Die aber blüht ihm in überreicher Fülle das „Freiheit“-Jahrbuch. Sein Auge wird erfreut durch den reichen Bilder-

schmuck, vor allem durch die schönen ganzseitigen Illustrationen. Die unseren allzufrüh verstorbenen Genossen Seliger kannten und liebten, wird es besonders freuen, daß dem Kalender ein ganzseitiges Bild Seligers auf Kunstpapier beigegeben ist, das gewiß mancher Genosse einrahmen und als Erinnerungsstück verwenden wird. Trotz des reichen Inhaltes und der vorzüglichen Ausstattung kostet das „Freiheit“-Jahrbuch nicht mehr als 7 Kr. Der Preis wurde so niedrig bemessen, um es jeder Arbeiterfamilie zu ermöglichen, sich dieses wertvolle Handbuch anzuschaffen. Mit dem Verlage und der Auslieferung des Jahrbuches wurde die Buchhandlung „Freiheit“, Teplitz-Schönan, Tereziengasse 18, betraut. Bestellungen übernehmen jetzt schon die Kolportage unserer Parteiblätter und die Vertrauensmänner unserer Organisationen.

Vorkonferenz der Gewerkschaften.

(Von unserem Berichterstatter.)

Sonntag, den 16. Oktober trat in der Ritterburg in Turn-Teplitz die Vorkonferenz der Gewerkschaftsverbände zusammen. Der Vorsitzende der Zentralgewerkschaftskommission Genosse R o s e r eröffnete die Konferenz um halb zehn Uhr vormittags und schlug als Tagesordnung vor: 1. Die Teuerungssaktion, 2. Das Betriebsauschüßgesetz, 3. Berichte und Anträge, 4. Sonstiges. Diese Tagesordnung wird genehmigt, worauf Genosse B o h l das Referat über die

Teuerung

erstattet. Die staatliche Ernährungswirtschaft ist zusammengebrochen. Daran ergibt sich für eine einzelne Person eine Verteuerung des Lebensunterhalts von vier Kronen täglich. Umjastener. Seit Sommer beträgt die Erhöhung der Kosten der Lebenshaltung etwa fünfzehn Prozent. Eine allgemeine gleichmäßige Aktion in allen Branchen ist nicht möglich, deshalb muß die Form der Aktion den einzelnen Verbänden überlassen werden. Eine gleichmäßige Aktion würde auch erschwert werden durch die ungleichen Wirkungen, welche die Wirtschaftskrise in den verschiedenen Industrien hervorgerufen hat. Redner schlägt eine entsprechende Resolution vor. In der Debatte sprechen die Genossen S a u s m a n n (Bauarbeiter), P l a c h (chemische Arbeiter), J a r o s i m (Bergarbeiter), M a n a c o n i (Berkmeisterverband), S ä d e l (Glasarbeiter), P r e i s c h (Metallarbeiter), S c h u b e r t (Bergbauangehöriger), J o h n (chemische Arbeiter), T i c h a (Postler), G r ü n n e r (Eisenbahner), S c h l o s s n i d l (Tabakarbeiter). Nach dem Schlußwort des Genossen P o h l wird folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die Lebenshaltung aller Menschen, deren Einkommen aus Lohn oder Gehalt besteht, hat sich in der letzten Zeit wesentlich verschlechtert. Seit August ist ein ständiges Steigen der Preise aller notwendigen Bedarfsartikel festzustellen. Obwohl die steigende Tendenz der Preisbildung noch andauert und ihre äuffermäßige Feststellung noch nicht möglich ist, muß doch darauf verwiesen werden, daß die Steigerung der täglichen Lebensbedürfnisse des täglichen Lebensunterhaltes vom Juli bis 15. Oktober 12-30 Prozent beträgt. Der mittlere Anlaß dieser neuerlich einsetzenden Preissteigerung ist hauptsächlich in den staatlichen Maßnahmen, wie Änderung der staatlichen Versorgung mit Mehl und Brot, Umsatzsteuererhöhung usw., zu suchen. Mittlen in der Zeit dieser Preissteigerung, die durch keinerlei Lohnerhöhungen verursacht wurde, kann selbstverständlich von einem Lohnabbau keine Rede sein.

Die Lebenshaltung der Arbeiter und Angestellten in der Mitte des Jahres 1921 hat nur bei wenigen Berufen den Friedenstand erreicht, in den anderen befindet sie sich noch tief darunter. Die Steigerung der Preise muß eine Erhöhung der Löhne nach sich ziehen. Die Vorkonferenz der Gewerkschaften ist sich bewußt, daß in manchen Berufen durch vorübergehende Absatzstagnation der Kampf um Lohnerhöhungen erschwert wird.

Die Vorkonferenz empfiehlt den einzelnen Verbänden, die Teuerung durch die Forderung nach gleitenden Teuerungszulagen, d. h. bei Sinken der Preise durch Abbau und bei Steigen durch Erhöhung der Zulagen, auszugleichen. Diese Forderung findet ihre teilweise Berechtigung schon in dem Umfange, daß die Unternehmer seit 5. September von der Zahlung der staatlichen Mehl- und Brotsteuer befreit sind, während diese Beträge bei den seitherzeitigen Preiskalkulationen berücksichtigt und dadurch für die teilweise Deckung der Teuerungszulagen frei sind.

Die Vorkonferenz überläßt die Form der Forderung den gleitenden Teuerungszulagen zunächst den einzelnen Verbänden.

Ebenso wird der nachstehende Zusatzantrag des Genossen W e d e r einstimmig genehmigt.

Die Vorkonferenz der Gewerkschaften erachtet es auch als dringend geboten, daß der Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten der tschechoslowakischen Generalgewerkschaftskommission mit allen zu Gebote stehenden Mitteln auf die Regierung und durch dieselbe auf die Unternehmerverbände einwirkt, daß die Teuerungssaktion unverzüglich notwendig geworden ist, daß aber vor allem das Verhalten der Unternehmerorganisation und des Staates als Arbeitgeber auf dem Standpunkte des geplanten Lohnabbaus als eine Herausforderung der Arbeiter und Angestellten bezeichnet werden muß.

Die nachmittägigen Verhandlungen wurden mit einem Referat des Genossen Schäfer über die

Betriebsausschüsse

eröffnet. Der Referent schilderte die Entstehungsgeschichte des Gesetzes und die Bemühungen der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten, dem Regierungsentwurf zu verbessern und besprach die Mängel des Gesetzes.

In der Debatte sprechen Waniel (Gastgewerbeanstellte), Pohl (Bergarbeiter), Hirsch (Angestellte), Schloßnickel (Zahntechniker), Ticha (Wollwäcker), Jarolim (Bergarbeiter), Parich (chemische Arbeiter) und Grünzner (Eisenbahner).

Das in den beiden gesetzgebenden Kammern im August d. J. beschlossene Gesetz über Betriebsausschüsse entspricht in seinen wesentlichen Teilen keineswegs den Forderungen der Arbeiterklasse in den Fragen der Betriebsdemokratie.

In dem vom Abgeordnetenhaus und vom Senat angenommenen Gesetz über Betriebsausschüsse erblickt die Vorstandskonferenz keine endgültige Lösung der Betriebsrätefrage.

Den Gewerkschaftsvorständen wird aufgetragen, schon jetzt mit den Vorarbeiten für die ersten Wahlen der Betriebsausschüsse zu beginnen, die Heranbildung und Schulung von Arbeitern und Angestellten zu Betriebsausschüssen planmäßig zu betreiben und dafür zu sorgen, daß die Anwendung des Gesetzes über die Betriebsausschüsse überall unter der Mitwirkung der Gewerkschaften erfolgt.

An den Verhandlungen nahm als Vertreter des Parteivorstandes Genosse Kremser teil. In der Konferenz sind alle Verbände

vertreten. Bemerkenswert war unter anderem auch das oftmalige Eingreifen der Vertreter der Angestellten in die Verhandlungen, wobei die Notwendigkeit der Zusammenarbeit von Arbeitern und Angestellten insbesondere in der Frage der Betriebsausschüsse in den Vordergrund gerückt wurde.

Am zweiten Konferenztag kamen die Berichte und Anträge der Gewerkschaftskommission zur Verhandlung. Das Referat über das Verhältnis in den tschechischen Gewerkschaften hielt Gen. Macoun. Er gab eine Uebersicht über die seit der letzten Vorstandskonferenz am 7. April stattgefundenen Besprechungen, erwähnte die Schaffung des gemeinsamen Ausschusses und besprach die Vorschläge der beiden Kommissionen.

Die Vorstandskonferenz hat somit die wichtigsten aktuellen Fragen der deutschen Gewerkschaftsbewegung in der Tschechoslowakei beraten. Die ausführlichen Debatten ergaben die Uebereinstimmung der Funktionäre aller Verbände in der Auffassung sowohl der Frage der Teuerungstaktion, als auch der Betriebsräte und des Verhältnisses zu den tschechischen Gewerkschaften.

Arbeiterlöhne und Warenpreise.

Während wir in der Tschechoslowakei in der Beobachtung und statistischen Erfassung unserer wirtschaftlichen Entwicklung noch sehr im Rückstande sind, bemühen sich in Deutschland nicht nur Behörden, sondern auch private Stellen die wirtschaftliche Entwicklung mit möglichst mathematischer Genauigkeit zu erfassen.

nen der Durchschnittslohn im Juli 1920 gleich 100 war, stellt sich der Lohn Ende Juli 1921 auf 1108, das heißt während die Warenpreise um das Neunzehnfache gestiegen sind, sind die Löhne bloß einmal größer als vor dem Kriege, voraus folgt, daß der Reallohn der Arbeiter, das was sie sich für ihren Lohn wirklich kaufen können, weit geringer ist, als im Jahre 1914.

Kunst und Wissen.

Reines Deutsches Theater. Heute Dienstag Gastspiel Max Wallenbergs in Wolters-Sternhelms Schauspiel „Der Gelbige“.

„Urania.“ „Trollöde.“ Franz Schreker, Mittwoch, den 22. 8 Uhr, Vorlesung aus seiner neuen, in Arbeit befindlichen Oper (mit einführenden Worten). Karten 8-8 Kr.

Wilhelm Boelcke in der „Urania“ Montag, den 21., halb 8 Uhr, „Menschenseele und Tierseele“. Karten 17-8 Kr. Mitglieder Ermäßigung.

Die Arbeitervorstellung verschoben. Die erste Vorstellung des Vereines deutscher Arbeiter mußte um acht Tage verschoben werden und findet erst am Sonntag, den 6. November nachmittags im Neuen Deutschen Theater statt.

Aus der Partei.

Die Bezirkorganisation Landskron Mt. an Sonntag, den 30. Oktober, um 9 Uhr vormittags im Arbeiterheim eine Bezirkskonferenz ab. Beratung der Parteitageordnung.

Sammelungs-Ausweis

Monat September 1921. Parteilands: 2. Reichenberg Kr. 250.—; 6. Teplich Kronen 1400.—; 9. Karlsbad Kr. 2000.—; 9. Teplich Kr. 1000.—; 9. Eger Kr. 120.—; 12. Ries Kronen 1900.—; 28. Teplich Kr. 4000.—; 29. Aussig Kr. 2400.—; 29. Trautenau Kr. 1000.—

Turnen und Sport.

D. S. C. gegen A. S. R. Brsovice 4:2 (2:0). Der D. S. C. wies im Vergleich zu den letzten Spielen eine Formverbesserung auf, hat jedoch noch lange nicht seine frühere Höhe erreicht.

A. C. Sparta gegen Slavia (Meisterschaftsspiel) 2:1 (1:0). Scharfer spannender Kampf, der zeitweilig ausartet. Das Hauptgewicht beider Mannschaften lag auf beiden Seiten in der Verteidigung, die fehlerlos arbeitete.

Herausgeber: Dr. Rudolf Czech und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Druck: Aktiengesellschaft Tribuna, Prag.

Mitteilungen aus dem Publikum.

DERBY-CRÈME der feinsten Schuhputz!

Erste Marke der Welt! Remington Standard-Schreibmaschinen mit vollständig frei sichtbarer Schrift und modernsten Einrichtungen.

PELZWAREN

Herren- u. Damenpelze, Pelzjackketts, Krägen, Boas, Muffe usw. kauft man am besten bei F. BENDER, Prag I., Celetná ul. 12.

Selbstschreibende Durrrough-Additionsmaschinen der Firma Högqvist & Comp., Prag, I., Celetná ul. 35. 80 verschiedene Modelle, für jede Branche eigene Systeme.

National Kontroll-Kassen-Besitzern offerieren wir in Original NRK-Qualität Scheckrollen Nr. 1, weiss, 35 mm, K64-2, 41, 5- Kontrollstreifen 5, 30, 1-20, 6, 38, 1-50

Das tanzende Prag besucht nur die TANZ-BAR ASTORIA Prag, Ovocný trh. Entrées frei.

Sanatorium Aussig-Klelsche nimmt keine Geisteskranken mehr auf. Aufnahme finden 134 Innere und Nervenkranken.

Opus 10 KC auf Katan liefert von Violinen, Mandollinen, Gitarren, Gramophone, Platten und alle anderen Musikinstrumente, sowie auch deren Zubehör, wie Saiten usw.

Sturm ruft der Neubeginn des Verkaufes von Herren-Anzügen, Ueberzieher und Raglans in unseren neueröffneten Räumen hervor.

PRESSHEFE UND SPIRITUSFABRIK Hamburger & Co., Ges. m. b. H., FREUDENTHAL, Versandstelle PRAG 619-I.

Lesen Sie bitte unseren neuen, illustrierten reichhaltigen Katalog Nr. 258 über Kosmetische und hygienische Spezialartikel für Damen und Herren.

CAFÉ ELEKTRA PRAG-WEINBERGE, beim Museum, neben dem Deutschen Theater. TREFFPUNKT DER GENOSSEN Telephone 4854. 124

Büro- und Geschäfts-Einrichtungen amerik. Roll-Flachpulte, Registraturen, Kassen-Regale, Verkaufspulte, Gasthausmöbel etc.

EGGER & CO., PRAG-KARLIN, Královská tř. 14. FABRIK PHARMACEUTISCHER ZUCKERWAREN.

BERSON GUMMIABSÄTZE BILLIGER ALS LEDER